



Gegen ein Einheitsfach „Gesellschaftslehre“

Die drei Fachverbände fühlen sich in Kontinuität zur „Würzburger Erklärung“ von 1995 verantwortlich für die Weiterentwicklung der drei Schulfächer **Erdkunde/Geographie, Geschichte** sowie **Politik/Sozialkunde/Politik-Wirtschaft/Gemeinschaftskunde**.

Daher treten sie ein für die folgende gemeinsame

„Erklärung von Hannover“ vom 3. Juli 2015:

Die **Zeit**, der **Raum** und das **Politische** sind zentrale Dimensionen der Gesellschaft und für ihr Verständnis unabdingbar. Historische, geographische und politische Orientierung gehören zur Allgemeinbildung aller Schülerinnen und Schüler. Im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich der Sekundarstufe I aller Schulformen stellen sich vor allem die Fächer Erdkunde/Geographie, Geschichte sowie Politik/Sozialkunde/Politik-Wirtschaft/Gemeinschaftskunde dieser Aufgabe auf der Grundlage einer hohen fachlichen und fachdidaktischen Kompetenz der Lehrkräfte und von wissenschaftsorientierten Lehr- und Rahmenplänen.

Jedes der drei Fächer vermittelt den Heranwachsenden einen spezifischen Blick auf die Gesellschaft und angemessene Methoden. Zusammen tragen sie zu einer komplexen Politischen Bildung bei, in der mehrere Perspektiven notwendig sind und sich gegenseitig bereichern. Auch Perspektiven aus weiteren Fächern wie den Naturwissenschaften und Religion/Philosophie sind für viele Themen zwingend einzubeziehen. In der Schulpraxis sollten die betroffenen Fachvertreter daher immer eng zusammenarbeiten. In den Lehr- und Rahmenplänen ist diese Kooperation zu verankern.

Die drei Fachverbände **wenden sich** allerdings **gegen** die zunehmende Tendenz in vielen Bundesländern, die drei Fächer in allen oder in ausgewählten Jahrgangsstufen in **ein gesellschaftswissenschaftliches Einheitsfach** z.B. unter dem Namen „Gesellschaftslehre“ **in der Hand einer einzigen** Lehrkraft zusammenzulegen. So entstehen einerseits eine zu allgemeine „Sachkunde“ für den gesellschaftswissenschaftlichen Bereich und andererseits im Unterrichtsalltag einseitige Verkürzungen auf nur eine der drei Perspektiven. Problematisch sind insbesondere:

- die fehlende Professionalität der einzelnen Lehrkraft für alle drei Fächer mit der Folge, dass immer wieder aus Unwissenheit nur verkürzte oder sogar falsche Aussagen und Perspektiven im Unterricht zum Tragen kommen;
- die häufig anzutreffende Ausklammerung von schwierigeren Themen aufgrund dafür unzureichender Ausbildung;
- die den Lernenden fehlenden fachlichen Grundlagen für die inhaltlichen und methodischen Anforderungen der Jahrgangsstufe 10 und der wissenschafts- propädeutischen gymnasialen Oberstufe.

Die drei Fachverbände fordern daher, dass die verschiedenen fachlichen Perspektiven des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfelds weiterhin durch die drei Fächer Erdkunde/Geographie, Geschichte sowie Politik/Sozialkunde/Politik-Wirtschaft/Gemeinschaftskunde mit dafür ausgebildeten Fachlehrkräften kompetent repräsentiert werden. Der Unterricht sollte immer durch Fachlehrkräfte erfolgen. Kooperationen, fachübergreifende Absprachen und fächerverbindende Elemente in den Lehr- und Rahmenplänen sind sinnvoll und notwendig, um der Komplexität der Gesellschaft gerecht zu werden.

Dr. Frank-Michael Czapek
Verband Deutscher für
Schulgeographen e.V.

Ulrich Bongertmann
Verband der Geschichtslehrer
Deutschlands e.V.

Prof. Dr. Dirk Lange
Deutsche Vereinigung für
Politische Bildung e.V.